



# Vor den harten Jahren wird noch einmal investiert

Breite Mehrheit für Etatentwurf 2021 – Auswirkungen der Pandemie kaum zu spüren – 20 Millionen Euro Investitionen geplant

Von Sabine Kain

**Neuburg am Inn.** Mit großer Mehrheit hat der Kreisausschuss am Mittwoch auf Schloss Neuburg eine Beschlussempfehlung für den Kreishaushaltsentwurf 2021 ausgesprochen. Das letzte Wort hat der Kreistag, der jedoch in aller Regel der Linie des Ausschusses folgt. Dort zeigte sich am Mittwoch, dass nicht alle Fraktionen dem Etat zustimmen werden.

„Haushaltsdisziplin ist die oberste Maxime“, schickte Landrat Rainund Kneidinger den Erläuterungen von Kreiskämmerer Arnold Huber voraus. Das gelte umso mehr, da „wir nicht wissen, was auf uns zukommt“. Die Folgen von Pandemie und Lockdown werden sich voraussichtlich erst in den nächsten Jahren in voller Stärke auf die kommunalen Haushalte auswirken. Noch profitieren Gemeinden und Landkreis von den wirtschaftsstarke Vorjahren.

Das zeigt sich an der Kreisumlage. In Gesprächen mit den Bürgermeisterin verständigte man sich darauf, den seit 2019 gültigen Hebesatz von 41,5 beizubehalten. Es ist der niedrigste Hebesatz im Bezirk. Trotzdem werden die meisten Kommunen mehr Geld an den Landkreis überweisen müssen. Für 20 Gemeinden steigt die Kreisumlage im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 100 000 Euro. In Summe erhöht sich die Kreisumlage um 4,3 Millionen auf 91,7 Millionen Euro. Grund ist die der Berechnung zugrunde liegende Steuerkraft, die 2019 „immens hoch“ war, wie Huber erinnerte.

Das spürt auch der Landkreis: Der Hebesatz der Bezirksumlage bleibt bei 20, die Summe steigt jedoch um 2,1 Millionen auf 44,2 Millionen. Die Krankenhausumlage erhöht sich um 7,6 Prozent auf 4,2 Millionen Euro. Alle Umlagen zusammengenommen, ergibt sich im Vergleich zu 2020 eine Mehrbelastung für den Kreishaushalt von 4,3 Millionen Euro – ge-



**Digitalisierung** ist in der Pandemie dringender denn je. Hier strebt der Landrat eine Vorreiterrolle an. – Foto: lev.dolnjachov/123rf.com



**Allein am Kreiskrankenhaus Rotthalmünster** werden bis 2035 insgesamt 127 Millionen Euro investiert. – Grafik: plus3 architekten

nauso viel wie durch die steigende Kreisumlage aufgefangen wird.

Investieren will der Landkreis auch 2021 kräftig. Zwar gibt er 1,3 Millionen Euro weniger aus als im Vorjahr, die Investitionen summieren sich aber dennoch auf über 20 Millionen Euro. Kneidinger nannte als größte Herausforderungen Kreiskrankenhäuser, Schulen sowie Infrastruktur. Dazu zählt nicht nur das 600 Kilometer lange Kreisstraßennetz, sondern auch die Digitalisierung, die Kneidinger weiter vorantreiben will. „Wir möchten bei Breitband und Digitalisierung eine Vorreiterrolle einnehmen“, gab er als Ziel vor.

Zu den größten Posten zählt traditionell der Bereich Soziales. 33,5

Millionen sind hierfür eingeplant. Im Vorjahr waren es 30,9 Millionen. Hier spüre man die Auswirkungen der Pandemie bereits, etwa durch ein Mehr an Bedarfsgemeinschaften, sagte Huber. Allerdings bekommt der Landkreis das meiste, nämlich 25,7 Millionen, erstattet – deutlich mehr als im Vorjahr. Der Zuschuss aus Eigenmitteln sinkt um 2,2 Millionen auf 7,8 Millionen Euro. Das größte Zuschussbudget muss der Landkreis für die Jugendhilfe aufbringen: Von den erwarteten Aufwendungen in Höhe von 22,6 Millionen Euro zahlt er 17,4 Millionen.

Trotz steigender Kosten in einigen Bereichen, darunter Personal und Kreisstraßennetz, soll der



**Der Ersatzneubau für die Rottrbrücke** bei Neuhaus am Inn ist ein umstrittener Posten im Haushaltsentwurf. – Foto: Archiv Brunner



**Als Puffer** für unerwartete Kosten durch die Corona-Pandemie sind 130 000 Euro in den Haushalt eingeplant. – Foto: Robert Michael/dpa

Haushalt 2021 ohne Nettoneuverschuldung auskommen. Nur vorsorglich hat der Kämmerer eine Kreditaufnahme von zwei Millionen Euro einkalkuliert. Der Landkreis hat seinen Schuldenstand seit 2007 von knapp 50 auf gut 27 Millionen Euro fast halbiert.

Karl Haberzettl (ÖDP/PU) lobte den Schuldenabbau: „Das verschafft uns eine gute Ausgangslage für die kommenden schwierigen Jahre.“ Kritisch sehe die Fraktion die Zahlungen an den Zweckverband Autobahnzubringer, den sie für obsolet hält, und den Ersatzneubau für die Rottrbrücke bei Neuhaus aufgrund des Eingriffs in die Natur. Anders als in früheren Jahren, werde die Fraktion dem

Etat aber geschlossen zustimmen, um zu zeigen, „dass in der Krise alle an einem Strang ziehen“.

Die Grünen sagen dagegen Nein. Wie Eike Hallitzky erklärte, habe die Fraktion zwar keine haushalterischen Einwände, lehne den Etat aber wegen „einer Fülle politischer Punkte“ ab. Die Grünen sind unter anderem nicht einverstanden mit der Verkehrspolitik und Straßenbauprojekten des Landkreises, außerdem fordern sie Initiativen bei der Windenergie und im sozialen Wohnungsbau.

Oskar Atzinger sprach von „differierenden Meinungen“ in der AfD-Fraktion. Mindestens ein Änderungsantrag zum Haushalt 2021 werde wohl kommen, kündigte er

an. Er wolle wissen, warum der Kassenkredit so hoch angesetzt werde. Kämmerer Huber berichtete, dass der Kassenkredit in den letzten vier, fünf Jahren nicht benötigt wurde. Allerdings habe man den Ansatz auf Anraten des Kommunalen Prüfungsverbands von vier auf acht Millionen Euro erhöht, um Überziehungszinsen bei kurzzeitigen Liquiditätsengpässen zu vermeiden. Davon ist der Landkreis mit liquiden Mitteln in Höhe von 16 Millionen Euro derzeit aber weit entfernt.

Die anderen Fraktionen stellten sich geschlossen hinter den Etatentwurf. CSU-Fraktionssprecher Ludwig Prügl lobte den niedrigen Kreisumlagebesatz, die solide Finanzpolitik und die hohe Investitionsquote, die er als gutes Zeichen für die Wirtschaft wertete. Wie Prügl sah auch Otto Obermeier (FWG) eine große Herausforderung im Erhalt der drei Krankenhausstandorte. „Corona hat gezeigt, wie wichtig sie sind. Es kann nicht sein, dass der Landkreis diese Aufgabe allein schultern muss“, plädierte er für mehr staatliche Unterstützung. Andreas Winterer (SPD) ging vor allem auf die Digitalisierung an Schulen ein, die in der Pandemie von großer Bedeutung sei. Daher solle der Schwerpunkt im Breitbandausbau auf Schulen gelegt werden. Franz Krahl (ÜW) bezeichnete die Beibehaltung des Kreisumlagebesatzes als „sehr erfreulich“, für eine Senkung zur Entlastung der Gemeinden sah er keinen Spielraum. Wie Krahl erwartet auch Josef Würzinger (BU), dass die Kommunen künftig mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. Dem „soliden Haushalt“ ohne Nettoneuverschuldung und mit hoher Investitionsquote stimme seine Fraktion zu.

Der Empfehlungsbeschluss fand eine breite Mehrheit, nur Hallitzky und Atzinger stimmten mit Nein. Der Kreistag befasste sich am 22. Februar mit dem Haushalt.

## 30 Neuinfektionen, zwei Tote – Inzidenz bleibt stabil

800 Dosen Astrazeneca bislang verimpft

**Lkr. Passau.** Die Sieben-Tage-Inzidenz in Bayern sinkt langsam und auch im Landkreis Passau bleibt sie stabil: Mit 127,7 hat das Robert-Koch-Institut den Wert am Donnerstag für das Passauer Land angegeben, tags zuvor lag er noch bei 124,1.

Das Gesundheitsamt hat im Landkreis Passau seit der letzten Meldung 30 neue Fälle des Corona-Virus registriert, teilt Landratsamts-sprecher Werner Windpassinger mit. Aktuell führt das Gesundheitsamt für den Landkreis Passau 492 aktive Fälle.

„Derzeit werden in den Landkreiskliniken 35 Corona-Patienten stationär behandelt“, so Windpassinger in der Mitteilung, „davon sieben auf der Intensivstation und davon wiederum müssen vier Patienten beatmet werden.“

Auch Todesfälle gab es wieder: „Leider müssen wir heute darüber informieren, dass zwei Personen im Zusammenhang mit Corona

verstorben sind“, heißt es in der Meldung. „Es handelt sich um zwei Frauen im Alter von 91 und 89 Jahren. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Angehörigen der Verstorbenen.“

Mit den Impfungen geht es indes voran im Landkreis, auch der neueste Impfstoff auf dem Markt von Astrazeneca wurde dem Passauer Land inzwischen zugeteilt. „Am Dienstagmittag haben wir 800 Dosen erhalten“, sagt Impf-Arzt Dr. Daniel Marold, „seitdem impfen wir die 18- bis 65-jährigen Impfwilligen nur noch mit diesem Impfstoff.“ Das heißt, medizinisches Personal und Mitarbeiter in Pflegeheimen, die sich impfen lassen möchten, bekommen diesen Impfstoff, der für ältere Impflinge nicht empfohlen wird. Sie bekommen weiterhin eine Spritze mit Impfstoff von Biontech oder Moderna. Für den heutigen Freitag sind 800 weitere Dosen Astrazeneca angekündigt. – rot

## Kein Verfahren in Causa Stadler gegen Schubert

**Freyung/Tittling.** Die Meldung schlug im Dezember hohe Wellen: Toni Schubert (Grüne) hatte seinen Landtagskollegen Ralf Stadler (AfD) angezeigt, weil dieser auf seinem Telegram-Account Drohvideos veröffentlicht haben soll. Nun teilte der Rechtsanwalt von Ralf Stadler mit, dass die Staatsan-

waltschaft Passau in dieser Causa von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens absieht. Oberstaatsanwalt Walter Feiler bestätigt das. Man habe von einer Weiterverfolgung des Verfahrens abgesehen, weil kein strafrechtlich relevanter Inhalt festzustellen gewesen sei. – amm

## Mit einem Klick kommt man ins Rathaus

Hauzenberg startet als erste Kommune in Niederbayern ein „virtuelles Bürgerbüro“

Von Martin Riedlaicher

**Hauzenberg.** „Digitalisierung muss einfach sein.“ Dieser Satz fiel mehrfach gestern im Hauzenberger Rathaus. Er beschreibt das Grundprinzip des „virtuellen Bürgerbüros“. Die Stadt und die Firma SWS Computersysteme präsentierten ein „digitales Rathaus“, das am Montag als erstes in Niederbayern in Betrieb geht. Zunächst noch schrittweise.

Das System funktioniert einfach, erklärten die Beteiligten, als sie die Sache vorstellten. Darum geht's: Jede Bürgerin und jeder Bürger kann mit dem System alle amtlichen Dinge erledigen, ohne das Haus zu verlassen. Man kann sich beraten lassen im Meldeamt, man kann mit dem Bauamt ein Projekt ausstreiten oder sich zur Sprechstunde der Bürgermeisterin zuschalten. Man braucht nur ein digitales Zugangsgesicht: Smartphone, Tablet oder PC.

### Für Erledigungen im Amt kann man daheimbleiben

Hinter dem Konzept steckt die Hauzenberger Firma SWS Computersysteme. Auf Basis von Cisco Webex bietet sie eine Videokonferenztechnologie. Auf diese baut sie auf und schneidert für Kreise, Städte, Gemeinden und Ämter aller Art maßgerechte Lösungen, damit diese ihre Bürger von zu Hause aus optimal beraten und versorgen können. Die Bürger



**Symbolischer Akt in Coronazeiten:** Bürgermeisterin Gudrun Donaubauber drückt den Startknopf für das „virtuelle Bürgerbüro“ in Hauzenberg. Es ist das erste dieser Art in Niederbayern. Mit dabei bei der Präsentation: (v.l.) Alexander Höllmüller (Geschäftsleiter Stadt Hauzenberg), Christian Schreiner (Vorstand SWS), Jürgen Gottinger (Account-Manager SWS) und Emanuel Graf (Product-Manager SWS). – Foto: Riedlaicher

kosten das nichts. Das „von zu Hause aus“ richtet sich auch an die Mitarbeiter der Stadt, erläutert Christian Schreiner, SWS-Vorstandsvorsitzender. Heißt: Auch wenn der Sachbearbeiter bei Hagel, Sturm oder Schnee nicht aus dem Haus kommt, kann er im Homeoffice seine Amtsgeschäfte führen und für die Bürger da sein.

So läuft es ab: Der Bürger öffnet die Homepage der jeweiligen Kommune. Dort findet er eine Übersicht über alle Bereiche und Ämter mit den Öffnungszeiten. Er kann da schon direkt erkennen, ob ein Büro geöffnet hat oder ob sich der Sachbearbeiter gerade in einem Termin befindet. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Der Bürger lässt sich einen Termin geben mit SMS-Bestätigung – oder er setzt sich in einen virtuellen Wartezimmer. Er bekommt angezeigt, wie viele vor ihm dran sind. Sobald der Sachbearbeiter frei ist, holt er

den Bürger in die virtuelle Sprechstunde dazu. Ab dann ist vieles möglich: Man kann sich am Bildschirm beraten lassen, man kann Dokumente teilen und anschauen oder Formulare ausfüllen. Jede Seite kann sich auch andere Leute zur Konferenz dazuholen. Wenn zum Beispiel ein Asylbewerber im Amt Hilfe braucht, ließe sich theoretisch ein Übersetzer aus dem Libanon dazuschalten. Im Falle eines Falles hilft auch ein Gebärdendolmetscher per Video.

### System wird in ganz Europa angewendet

Selbstverständlich könne man auch die Stadt- und Gemeinderäte digital tagen lassen oder Ausschüsse einberufen, wenn das rechtlich geklärt sei, ergänzt Bürgermeisterin Gudrun Donaubauber. Das „digitale Rathaus“ werde nicht den Bürgerkontakt von Angesicht zu Angesicht abschaffen. Aber man habe für die Bürger ein breiteres Angebot. „Es ist ein zusätzlicher Service.“ Der bleibe auch nach Corona wichtig. Das System nutzen Ämter, Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Europa, berichtet SWS-Vorstand Christian Schreiner. Gerade sei man aus Winterthur zurückgekommen. Die Stadt in der Schweiz hat ein „digitales Bürgerbüro“ eingerichtet. Die Hauzenberger Firma hat Kunden in ganz Deutschland, viele auch in Österreich.

Das Pilotprojekt habe man mit dem Landratsamt Regensburg entwickelt, so Schreiner. Hauzenberg sei die erste Kommune in Niederbayern mit dem „virtuellen Bürgerbüro“. Auf der Homepage der Firma kann jede und jeder das System einmal testen.